

Kreistag am 18. November 2013

Haushaltsrede von Bündnis90/Die Grünen
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

es gibt eine Menge von Feldern, die im Kreishaushalt bearbeitet und verantwortet werden und die zukunftsweisend sind oder sein können.

Besonders wichtig ist uns von Bündnis90/die Grünen, dass wir nicht zu Lasten nachfolgender Generationen wirtschaften. Nachhaltigkeit ist das große Stichwort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich fange mit dem Klimaschutz an:

Hier geht der Rems-Murr-Kreis mit gutem Beispiel voran.

In etlichen Sitzungen und Workshops in verschiedenen Gremien und mit dem Wuppertalinstitut, haben wir unser Klimaschutzkonzept erarbeitet. Es zeigt auf, dass es auf jeder Ebene des Kreises für alle Akteurinnen und Akteure Möglichkeiten gibt, sich aktiv für den Klimaschutz einzusetzen.

Die Verwaltung steht mit den Kommunen, Betrieben, Energieberatern, der Energieagentur, sowie mit den Kreisrätinnen und Kreisräten in engem Kontakt. Gemeinsam sammeln wir Ideen, setzen selbst Projekte um oder unterstützen andere bei ihren Projekten. Der Maßnahmenkatalog in unserem Programm „Klimaschutz-plus 2013 - 2015“ gibt eine Übersicht über Projekte des Kreises, die in diesem Jahr begonnen wurden und die 2014 weitergeführt werden sollen.

Der Rems-Murr-Kreis übernimmt damit Verantwortung, dem Klimawandel ernsthaft entgegen zu treten. Die Handlungsschwerpunkte und Einzelmaßnahmen sind vielfältig. Wir investieren selbst, aber wir setzen auch für andere Akteurinnen und Akteure Zeichen.

Das ist Nachhaltigkeit pur!

Im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes wurde eins besonders deutlich: Der motorisierte Individualverkehr belastet uns und unser Klima.

Wir sehen hier besonders viel Handlungsbedarf.

Damit komme ich zum ÖPNV:

Wir sind im Land der Autohersteller und der Autofahrer. Aber erfreulicher Weise steigen immer mehr Menschen auf den Öffentlichen Personennahverkehr um. Das ist keine grundsätzliche Abkehr zum Automobil. Sondern ein Ja zu einer modernen Mobilität, die das Auto immer öfter stehen lässt.

Der Erfolg der S-Bahnen wird dem VVS inzwischen immer öfter zum Verhängnis, da die vielen Kunden doch tatsächlich auch mehr Aufwand bereiten. Wer hätte das gedacht.

Der VVS ist der festen Überzeugung leistungsfähig, kundenfreundlich und preislich im grünen Bereich zu fahren.

Wir sind da anderer Meinung:

- Wartezeiten an den Schaltern von mehr als 3 Stunden,
- Gedränge und Verspätungen im S-Bahnverkehr und
- weit über vergleichbaren Verkehrsverbänden liegende Preise

tragen nicht zur Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden bei.

Nur wer gute Verbindungen zwischen Wohnort und Zielort hat, steigt auch gerne und dauerhaft um. Wir sehen es daher als unbedingt erforderlich, mit einem bedarfs-orientierten Angebot und vor allem auch mit angemessenen Preisen die Attraktivität unseres ÖPNV weiter zu steigern.

Dieses Thema wird uns heute noch in TOP 2 der heutigen Tagesordnung beschäftigen.

Nun zum Thema Gesundheit:

Die aktuellen Nachrichten vom Neubau der Rems-Murr-Klinik in Winnenden sind erschreckend. Trotz aller Schwierigkeiten am Bau sind wir nach wie vor fest davon überzeugt, dass die Entscheidung für ein Krankenhaus mit modernster Technik und gutem Management zukunftsweisend und richtig war und ist. Und wir sind sicher, dass die Rems-Murr-Kliniken damit nachhaltig und zukunftsfähig aufgestellt sind. Die neue Rems-Murr-Klinik wird eine leistungsfähige und bezahlbare Gesundheitsversorgung für die heutige und die nachfolgenden Generationen sicherstellen.

Kliniken, wie die Rems-Murr-Kliniken, die die Grundversorgung sicherstellen, sollten dafür eine DRG erhalten unabhängig davon, welche Leistungen erbracht werden. Da die Grundversorgung weniger lukrativ ist, als die spezialisierte Medizin, ist dies dringend notwendig.

Wir hoffen, dass dies in den Koalitionsverhandlungen beschlossen wird. Auch wenn eine Klinik, wie die Rems-Murr-Kliniken gut und zukunftsweisend wirtschaftet, wird es Schwierigkeiten haben, wenn die bundespolitischen Vorgaben so bleiben. Es kann nicht sein, dass durch den Sparzwang der Bundesregierung reihenweise Krankenhäuser rote Zahlen schreiben müssen.

Nun hoffen wir alle, dass wir bald die Einweihung feiern können und der Betrieb im neuen Krankenhaus in Winnenden aufgenommen werden kann.

Der größte Brocken im Kreishaushalt ist der Sozialetat:

Die im Jahr 2011 eingetretene Trendwende, der Stopp des jährlichen Anstiegs, wird nun auch im Haushaltsplan 2014 gehalten. Der Sozialetat bleibt auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

Die in der Öffentlichkeit in den Vordergrund gestellte positive wirtschaftliche Entwicklung hat aber auch viele Schattenseiten, denn immer mehr Menschen, auch bei uns im Rems-Murr-Kreis, profitieren nicht von dieser Entwicklung.

Trotz einer Höchstzahl an Beschäftigung sind 2.700 Menschen langzeitarbeitslos. Das ist erschreckend! Und trotz unseres Wohlstands gibt es immer mehr Menschen, die in wirtschaftliche oder soziale Notlagen geraten. Es gibt im Kreis immer mehr Menschen mit Behinderung, ältere Menschen mit Pflegebedarf sowie Familien, die Unterstützung bei der Erziehung benötigen.

Wir sind als Landkreis dafür verantwortlich, dass den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in angemessener Weise geholfen wird.

3 wichtige Bereiche möchte ich hier kurz ansprechen:

1. Die Behindertenhilfe bzw. Eingliederungshilfe

Die stetig steigenden Aufwendungen zeigen: Auch die geplante Reduzierung von stationärer Heimunterbringung, mehr dezentrale Hilfeangebote sowie die Anforderungen in Verbindung mit Inklusionskonzepten gibt es nicht zum Nulltarif. Die Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen benötigen aber unsere Hilfe.

Wir sind hier gespannt auf die Ausformung des Bundesleistungsgesetzes mit entsprechenden Finanzierungsregelungen der Behindertenhilfe, denn auf kommunaler Ebene brauchen wir hier dringend eine Entlastung.

2. Ältere und pflegebedürftige Menschen

Die demografische Entwicklung zeigt: Die Anzahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen nimmt kontinuierlich zu. Daraus resultiert, dass zum einen immer mehr Menschen im Alter arm sind, und das, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben. Und zum anderen, wenn ältere Menschen pflegebedürftig werden, sie immer öfter auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Es entwickelt sich mit einem rasanten Tempo ein neues Problem der Altersarmut, das in seiner ganzen Dimension offenbar noch nicht erkannt wurde. Weder die Armut im Alter noch die Finanzierung von Pflegeleistungen im Alter können wir aus Mitteln des Kreishaushalts bestreiten.

Hier ist die neue Regierung in Berlin gefordert:

Mit einer grundlegenden Rentenreform und einer Pflegereform muss sie die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Kommunen mit diesen Problemen nicht im Stich gelassen werden.

3. Langzeitarbeitslose Menschen

Trotz bester Konjunktur erhält die große Mehrzahl der langzeitarbeitslosen Menschen im Kreis keinen regulären Arbeitsplatz mehr. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Die letzte, schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Möglichkeiten einer geförderten Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen mit einem milliardenschweren Kürzungsprogramm und der so genannten Instrumentenreform drastisch zurück gefahren. Dies belastet nicht nur die betroffenen Menschen, sondern auch unseren Kreishaushalt. Dabei gibt es genügend unerledigte Arbeit, vor allem im gemeinnützigen und sozialen Bereich. - Und viele kluge Konzepte zu einer öffentlich geförderten Beschäftigung warten auf ihre Umsetzung.

Die grün-rote Landesregierung mit ihrem Programm „gute und sichere Arbeit“ setzt hier die richtigen Akzente. Eine Lösung dieses Problems wird es aber nur mit einer grundlegend neuen Finanz- und Sozialpolitik auf Bundesebene geben - auch im Sinne der Kommunen.

Beim Thema Nachhaltigkeit und Zukunft für nachfolgende Generationen darf **die Bildung** nicht fehlen:

Wir von der Fraktion Bündnis 90/die Grünen unterstützen die Weiterführung der bisher geleisteten Koordinationsarbeit im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ mit dem Einstieg in das Landesprogramm „Bildungsregionen“. In den letzten 4 Jahren ist es gelungen, durch die Vernetzung der Bildungsträger auf Kreisebene Synergieeffekte zu erzielen. Informationen zu Bildungsangeboten wurden erstellt, aktualisiert und publik gemacht, Bedarfe festgestellt und neue Angebote in Kooperation mit Bildungsträgern etabliert.

Beispielhaft für die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft im Kreis sind Alphabetisierungskurse, lebenslanges Lernen oder die Unterstützung bei Übergängen in das Erwerbsleben oder in die Rente. Hier kann das Bildungsbüro wertvolle Grundlagen- und Unterstützungsarbeit in den jeweiligen Kommunen leisten.

Gute Bildung ist eine Investition in die Zukunft und sie ist ein Bürgerrecht.

Damit komme ich zu den Finanzen:

Ich zitiere aus dem Haushaltsentwurf Seite 11:

Ein schwerwiegendes Problem stellt nach wie vor die Verschuldung dar.

Das sehen wir auch so!

In Anbetracht von derzeit 64 Mio. Euro Schulden des Landkreises - einer Rekordverschuldung wie wir alle wissen - stellen wir, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag, ab dem Jahr 2015 in die Finanzplanung einen Betrag von mindestens 2 Mio. Euro zur Schuldentilgung fest in den Haushalt einzuplanen. Nur dadurch können wir längerfristig eine deutliche Reduzierung der Schulden garantieren. Nur so ermöglichen wir zukünftigen Generationen finanzielle Handlungsfähigkeit und Handlungsspielräume.

Wir möchten es nicht dem Zufall überlassen, indem wir lediglich eventuell übrig bleibende Jahresüberschüsse zur Reduzierung der Schulden heranziehen. Wir möchten aber auch die Kommunen bei ihrem Beitrag zur Kreisumlage entlasten. Deshalb können wir im Jahr 2014 letztmalig einen Verzicht auf einen Schuldenabbau im Kreishaushalt mittragen.

Am Ende der Haushaltsplanungen ergeben sich auch dieses Jahr noch Verbesserungen im geplanten Haushaltsergebnis. Angesichts unserer hohen Verschuldung wäre es eigentlich richtig, diese Verbesserungen zum Abbau der Schulden zu verwenden. Um den Anforderungen der Kommunen noch etwas mehr Rechnung zu tragen, können wir uns vorstellen, diesen Betrag zur weiteren Senkung der Kreisumlage zu verwenden.

Die bisher eingetretenen Verbesserungen von 875.000 EUR entsprechen ca. 0,2 %-Punkte bei der Kreisumlage. Deshalb schlagen wir, abweichend von der Verwaltung, einen Hebesatz von 36,8 % vor. (Verbesserungen bis 13.11.2014 +875.000 EUR 36,8%)

Einer Senkung des Kreisumlagehebesatzes um insgesamt 2,5 %-Punkte auf 36 % können wir nicht zustimmen. Mit einem Hebesatz von 36 % würden im Kreishaushalt 4 Mio. Euro fehlen, ohne Gegenfinanzierung. Angesichts der Haushaltsrisiken, insbesondere im Sozialetat, halten wir diese weitere Absenkung der Kreisumlage auch für haushaltspolitisch unseriös.

Wir sind fest davon überzeugt, dass wir handlungsfähig bleiben und Risiken minimieren müssen!

Deshalb möchte ich zum Schluss noch einmal betonen:

Bei all den von uns Kreisrätinnen und Kreisräten zu bearbeitenden Themen geht es immer um die Bürgerinnen und Bürger aus unseren 31 Städten und Gemeinden im Rems-Murr-Kreis.

Nicht nur die Gemeinden und Städte tragen ihre Verantwortung und müssen ihre Aufgaben erfüllen. Auch der Kreis hat seinen Part zu übernehmen und seine gesetzlich festgelegten Leistungen zu erfüllen. Dafür brauchen wir eine nachhaltige Wirtschaftsweise, die auf dem Höchststand der Wirtschaftskraft besonnen kalkuliert ist und Risiken mindert.

In diesem Sinne beantragen wir eine Kreisumlage von 36,8 %

und wir bedanken uns bei allen Beteiligten der Haushaltsplanung, insbesondere bei Herrn Geissler und bei seinem Team.

Dr. Astrid Fleischer